

Stadt Ilsenburg (Harz)
Harzburger Straße 24
38871 Ilsenburg (Harz)

25.10.2011

**Niederschrift
über die 4. Sitzung des Arbeitskreises Einheits- und Verbandsgemeinden (Mitte) am
Mittwoch, 31.08.2011**

Ort: Tagungsraum der Harzlandhalle
Zeit: 10:00 Uhr – 13:20 Uhr
Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Zu TOP 1 – Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Tagesordnung

Herr Liebenehm und Herr Krüger begrüßen die anwesenden Mitglieder des Arbeitskreises zur 4. Sitzung. Die vorliegende Tagesordnung lautet:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung am 23.02.2011 in Güsten
3. Vorstellung der Stadt Ilsenburg (Harz) durch Herrn Bürgermeister Denis Loeffke
4. Erwartungen des SGSA an Landtag und Landesregierung zu Beginn der neuen Wahlperiode sowie Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD, insbesondere
 - 4.1. Einführung eines Wahlrechtes zwischen Doppik und erweiterter Kameralistik
Hinweis:
s. KNSA-Beitrag Nr. 299/2011
 - 4.2. Fortschreibung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG)
Hinweis:
s. KNSA-Beitrag Nr. 300/2011 sowie E-Mail-Rundschreiben vom 11.08.2011
 - 4.3. Interkommunale Funktionalreform
Hinweis:
zur weiteren Information sind die Verlagerungsvorschläge des SGSA aus dem Jahr 2008 beigelegt
 - 4.4. Novelle des Kinderförderungsgesetzes (KiFöG)
5. Kommunalwahlrecht;
Überlegungen zur Notwendigkeit der Stichwahl um das Amt des Bürgermeisters gemäß § 58 Abs. 2 GO LSA
6. Überlegungen der Landesregierung zum Standardabbau
7. Aktuelle Mitteilungen der Landesgeschäftsstelle
8. Anfragen und Anregungen
9. Zeit und Ort der nächsten Sitzung

Die Tagesordnung wird ohne Ergänzungen einstimmig bestätigt.

Zu TOP 2 – Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung am 23.02.2011 in Güsten

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Fassung ohne Einwendungen mit 11 Ja-Stimmen bestätigt.

Zu TOP 3 – Vorstellung der Stadt Ilsenburg (Harz) durch Herrn Bürgermeister Denis Loeffke

Herr Loeffke begrüßt die Anwesenden im Namen der Stadt Ilsenburg (Harz). Zur heutigen Sitzung ist Herr Andreas Jana, Geschäftsführer der Ilsenburger-Freizeit-Bau GmbH, anwesend, um ein paar Ausführungen zur Harzlandhalle zu treffen.

Herr Jana begrüßt als „Hausherr“ der Harzlandhalle alle anwesenden Mitglieder. Die Harzlandhalle ist im Jahr 2000 eröffnet worden. Dort finden jedes Jahr bis zu 35 Veranstaltungen statt. Man hat die Möglichkeit, durch verschiedene Bestuhlungsvarianten bis zu maximal 3.300 Besucher unterzubringen. Die Ilsenburger-Freizeit-Bau GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Ilsenburger Wohnungsbaugesellschaft mbH, welche wiederum eine Tochtergesellschaft der Stadt ist.

Herr Loeffke bedankt sich bei Herrn Jana und fährt mit seinen Ausführungen fort. Ilsenburg (Harz) ist die Kernstadt, sie und die Ortsteile Drübeck und Darlingerode bilden zusammen die Einheitsgemeinde mit zur Zeit ca. 9.700 Einwohnern. Ilsenburg (Harz) ist in zwei Säulen aufgebaut. Auf der einen Seite steht der wirtschaftliche Teil, d.h. die Ansiedlung von Großfirmen, wie ThyssenKrupp Presta oder das Walzwerk, welches jetzt zur Salzgitter AG gehört. Die andere Seite ist der Tourismus. Auf Grund der guten Harzlage werden mittlerweile 190.000 Übernachtungen pro Jahr gezählt.

Die Sitzung wird von Herrn Krüger geleitet. Er bedankt sich bei Herrn Loeffke für seine Ausführungen. Er ruft den TOP 4 auf und übergibt das Wort an Herrn Liebenehm.

Zu TOP 4 – Erwartungen des SGSA an Landtag und Landesregierung zu Beginn der neuen Wahlperiode sowie Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD, insbesondere

Herr Liebenehm führt kurz aus, dass die Erwartungen am 07.03.2011 beschlossen wurden. Die kommunalen Spitzenverbände waren in die Verhandlungen mit eingebunden. Die Erwartungen gelten als Richtschnur für die nächsten 5 Jahre.

4.1. Einführung eines Wahlrechtes zwischen Doppik und erweiterter Kameralistik

Hinweis:

s. KNSA-Beitrag Nr. 299/2011

Herr Liebenehm informiert die Mitglieder darüber, dass die Doppik im Koalitionsvertrag als Leitsystem gilt. Den Gemeinden und Landkreisen obliegt das Wahlrecht, ob sie sich für Doppik oder für erweiterte Kameralistik entscheiden. Laut Aussage von Innenminister Stahlknecht ist vorgesehen, den Termin für die Einführung entweder der Doppik oder der erweiterten Kameralistik auf den 01.01.2015 zu verschieben. Es müsste dann die Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt geändert werden. Herr Liebenehm informiert, dass es bis Ende des Jahres noch einen Gesetzesentwurf geben muss, da sonst eine Verlängerung nicht möglich ist. Weiterhin bemängelt Herr Liebenehm, dass die Kommunen mit der Thematik allein gelassen werden. Es kommen keinerlei Reaktionen der Fraktionen und Antworten auf gestellte Fragen im Präsidium am 23.05.2011 sind bis heute von den Ministern unbeantwortet geblieben.

Herr Krüger übernimmt das Wort und richtet sich an die Anwesenden und befragt sie nach ihrer Meinung zum Thema Doppik oder erweiterte Kameralistik. Folgende Ausführungen sind dazu gemacht worden:

Herr Bentzius führt aus, dass die Doppik in der Stadt Harzgerode weitergeführt wird. Es ist bis jetzt sehr viel Geld dafür investiert worden und es wird versucht den Ursprungstermin 01.01.2013 zu halten.

Herr Skrypek hält als Verbandsgemeindebürgermeister Mansfelder Grund-Helbra ebenfalls an dem Termin 01.01.2013 fest. Sie sind mittendrin in der Umsetzung. Es wird jedoch dringend Personal benötigt.

Für Herrn Brockelt von der Verbandsgemeinde Vorharz ist Ziel der Einführung der Doppik ebenfalls der 01.01.2013.

Herr Strube von der Stadt Barby führt aus, dass der 01.01.2013 nicht zu realisieren ist.

Herr Meyer von der Stadt Seeland hält an dem Termin fest, Umsetzung bereitet jedoch Schwierigkeiten. Es wurde hier auch schon sehr viel Geld investiert.

Herr Bogoslaw, Bürgermeister der Stadt Osterwieck, hat sich den 01.01.2013 zum festen Ziel gesetzt. Die Stadt Osterwieck setzt die Doppik um.

Herr Globig, Verbandsgemeindebürgermeister Saale-Wipper, sieht auf Grund der schlechten personellen und finanziellen Situation den 01.01.2013 als gefährdet an.

Herr Stöhr, Verbandsgemeindebürgermeister Egelner Mulde, hält an der Doppik fest. Er sieht in dem Wahlrecht ein Problem, da dadurch Unmut bei anderen geweckt werden könnte. Ende des Jahres soll der Produktplan erstellt werden, da die Verbandsgemeinde sich vertraglich gebunden hat.

Herr Loeffke, Bürgermeister der Stadt Ilsenburg (Harz), erhält sich die Wahlmöglichkeit. Auch hier ist das Personal unterbesetzt und dadurch ist eine Realisierung für den 01.01.2013 sehr schwierig.

Herr Krüger von der Gemeinde Huy hält an dem 01.01.2013 fest, da auch hier schon zu viel Zeit und Energie für die Umstellung investiert wurde.

4.2. Fortschreibung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG)

Hinweis:

s. KNSA-Beitrag Nr. 300/2011 sowie E-Mail-Rundschreiben vom 11.08.2011

Herr Liebenehm hat wieder das Wort.

Herr Liebenehm berichtet über den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf zur Fortschreibung des FAG in den Jahren 2012/2013. Da die vom SGSA bereits beim geltenden Gesetz kritisierten Fehler bei der Bedarfsermittlung beibehalten und darüber hinaus bei den Kommunen erzielte Konsolidierungserfolge bedarfsmindernd berücksichtigt wurden, soll die FAG-Masse im kommenden Jahr erneut um rd. 135 Mio. € sinken. Vor dem Hintergrund der bereits jetzt im FAG-System fehlenden Mittel (rd. 300 Mio. €/Jahr) sei der Gesetzentwurf kategorisch abzulehnen. Wegen der Einzelheiten verweist er auf das E-Mail-Rundschreiben vom 11.08.2011. Gemeinsam mit dem Landkreistag wird der SGSA alles daran setzen, um die weiteren Eingriffe in die Kommunalfinanzen zu verhindern. Erstmals in der Geschichte des FAG in Sachsen-Anhalt sei eine gemeinsame Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände zu dem Entwurf geplant. In diesem Zusammenhang verweist Herr Liebenehm auch auf die Veranstaltungen mit Finanzminister Bullerjahn am 15.08. und 16.08.2011 in denen deutlich wurde, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister weitere Mittelkürzungen nicht akzeptieren wollen. Ob der kommunale Schulterschluss Änderungen im Gesetzentwurf bringe, müsse allerdings abgewartet werden.

4.3. Interkommunale Funktionalreform

Hinweis:

zur weiteren Information sind die Verlagerungsvorschläge des SGSA aus dem Jahr 2008 beigelegt

Herr Liebenehm berichtet zum Sachstand und verweist dabei auf die vom SGSA zur Verlagerung vorgeschlagenen Aufgaben.

4.4. Novelle des Kinderförderungsgesetzes (KiFöG)

Es wurden Dialogkonferenzen angestoßen. Für die Ganztagsbetreuung sind für 2013 54 Mio. € errechnet worden, wovon 30 Mio. € vom Land sind. Weiterhin wurde die Geschwisterkinder-mäßigung angesprochen.

Ende September/Anfang Oktober soll der Entwurf des neuen KiFöG erscheinen und am 01.01.2013 in Kraft treten. Das KiFöG soll von Standards befreit werden bzw. sie sollen gesenkt werden.

Zu TOP 5 - Kommunalwahlrecht;

Überlegungen zur Notwendigkeit der Stichwahl um das Amt des Bürgermeisters gemäß § 58 Abs. 2 GO LSA

Herr Liebenehm führt aus, dass der Vorschlag von Innenminister Stahlknecht kam, über die Abschaffung der Stichwahl nachzudenken. Es muss hierzu vom SGSA zu gegebener Zeit eine Stellungnahme erarbeitet werden. In der Vergangenheit sei regelmäßig festgestellt worden, dass schon beim 1. Wahltermin eine geringe Wahlbeteiligung zu verzeichnen ist. Des Weiteren darf man den Kostenfaktor auch nicht außer Acht lassen. Die beiden Schwesterarbeitskreise hätten keine Bedenken, wenn die Stichwahl abgeschafft würde.

Die Ausführungen von einigen Anwesenden ist im Tenor dieselbe, d. h. für die Abschaffung der Stichwahl.

Zu TOP 6 - Überlegungen der Landesregierung zum Standardabbau

Herr Liebenehm berichtet über den Beschluss der Landesregierung zum Standardabbau. Vorschläge sollen in einer Arbeitsgruppe der Ministerien erörtert werden. Rückantworten über kostenträchtige Standards an die Landesgeschäftsstelle werden erbeten bis zum 20.09.2011. Es müssen die Finanznöte der Kommunen erkannt und die Vorschläge aus dem Jahr 2008 neu betrachtet werden. Ob das Projekt erfolgreich umgesetzt wird, muss abgewartet werden.

Zu TOP 7 - Aktuelle Mitteilungen der Landesgeschäftsstelle

Herr Liebenehm informiert über die Kooperation zwischen SGSA und KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH. Er berichtet weiter über die Sozialversicherungspflicht ehrenamtlich tätiger Bürgermeister. Dieses wirft viele Fragen auf, denn die Rentenversicherung sagt, dass diese Pflicht besteht, die Rechtslage ist in den Bundesländern jedoch unterschiedlich.

Zu TOP 8 - Anfragen und Anregungen

Es sind zu folgenden Themen Anfragen gestellt und erörtert worden:

- Unterhaltungsverbände
- Lärmkartierung, Straßenbaulastträger

- Beibehaltung der Hebesätze aus dem Eingemeindungsvertrag.

Zu TOP 9 - Zeit und Ort der nächsten Sitzung

Die 5. Sitzung des Arbeitskreises Einheits- und Verbandsgemeinden (Mitte) soll am Mittwoch, **30. November 2011, in Nachterstedt** (Stadt Seeland) stattfinden.

Herr Krüger bedankt sich bei Herrn Loeffke als Gastgeber und bei allen Beteiligten für ihre rege Teilnahme.

Die Sitzung wurde um 13:20 Uhr geschlossen.

gez. Krüger
Vorsitzender des Arbeitskreises

gez. Bergfeld
Protokollantin

**für die Sitzung des Arbeitskreises Einheits- und Verbandsgemeinden (Mitte) in Ilse-
burg am Mittwoch, dem 31.08.2011, 10:00 Uhr**

[illegible]